

2015-10-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.10.2015

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:20 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Verwaltung

Hantusch, Joachim

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

Er verwies des Weiteren darauf, dass nur die stimmberechtigten Mitglieder sowie Frau Benckenstein, als Vertreterin der AfD-Fraktion, Rederecht besitzen.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Änderungsvorschläge.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte anschließend die Nichtöffentlichkeit her.

- 8 Genehmigung der Niederschrift vom 09.09.2015**

Nachdem es keine Anmerkungen zur vorliegenden Niederschrift gab, wurde diese zur Kenntnis genommen.

9 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der vergangenen Sitzung wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

10 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

11 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen vorgebracht.

12 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Oberbürgermeister Kuras informierte über einen Erlass des Sozialministeriums, welcher die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen betrifft. Ab 1. November 2015 wird auch diese Personengruppe der Stadt Dessau-Roßlau zugewiesen. Problematisch sind die besonderen Anforderungen bei der Unterbringung dieser Personen. Die Verantwortung liegt hier beim Jugendamt. Die räumliche Unterbringung muss gesonderten Kriterien entsprechen und auch für die sozialpädagogische Betreuung gibt es klare Vorgaben. Ebenfalls schwierig wird die Bestellung von Vormündern werden. Vorrang haben hier normale Vormünder, also Mitglieder der Gesellschaft, welche durch das Familiengericht bestellt werden. Da es nicht ausreichend normale Vormünder gibt, muss auf Amtsvormünder, also Bedienstete der Stadt, zurückgegriffen werden. Ebenso ist ein Clearingverfahren durchzuführen.

Frau Wendeborn, amtierende Dezernentin für Gesundheit, Soziales und Bildung, teilte mit, dass zwischen Januar und September 2015 insgesamt 474 Personen aufgenommen wurden. Die aktuelle Prognose liegt bei 1230 Personen bis zum Jahresende. Im Oktober 2015 werden 184 Personen aufgenommen.

Herr Oberbürgermeister Kuras wertete des Weiteren die Einwohnerversammlung in Roßlau am 29.09.2015 sowie die Demonstration vor der geplanten Gemeinschaftsunterkunft am 06.10.2015 aus.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, merkte an, dass sich unter den 474 aufgenommen Flüchtlingen 143 Kinder befinden. Davon sind 75 im Schulalter und 68 im Kindergartenalter, was für die entsprechenden Bereiche Auswirkungen haben wird. Sie informierte weiter, dass in einigen Bereichen innerhalb der Verwaltung das Personal aufgestockt werden musste. Das betrifft vor allem die Sachbearbeiter Asylbewerberleistungsgesetz, die für die Unterbringung zuständigen Mitarbeitern und das Personal in der Ausländerbehörde. Im Jahr 2015 entsteht dadurch ein Aufwuchs von 374.000 € zusätzlichen Personalkosten. Für das Jahr 2016 sind momentan 717.000 € Personalmehrkosten vorhersehbar.

Bezüglich der Beschulung erklärte **Frau Wendeborn**, dass es im neuen Schuljahr eine Sprachklasse für 37 Kinder geben wird.

Des Weiteren gibt es zwei Sprachgruppen, zum einen in der Mauerschule und zum anderen in der Friederikenschule. Diese Schulen nehmen die meisten Flüchtlingskinder auf. Des Weiteren wurden kostengünstige und effektive Lernmittel beschafft. Auch in der Berufsschule muss die Sprachförderung, hinsichtlich der Vorbereitung einer Berufsausbildung, beginnen.

Herr Oberbürgermeister Kuras sprach des Weiteren die Vielzahl der Hilfsangebote an. Die Lage gestaltet sich hierbei momentan noch etwas unübersichtlich. Die vorhandene Ehrenamtsbörse ist zu wenig bekannt. Aus diesem Grund gibt es Überlegungen, eine Anlaufstelle im Rathaus einzurichten, bei der Informationen in Form einer Hotline erfolgen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erfragte, ob es bereits Überlegungen gibt, wo die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge untergebracht werden sollen. **Frau Wendeborn** gab an, dass das Jugendamt momentan mehrere Optionen prüft, z. B. die Unterbringung in Wohnungen oder in der zentralen Unterkunft in Roßlau.

Herr Oberbürgermeister Kuras reichte ein Einladungsschreiben des Sozialministeriums zu einer Veranstaltung zum Thema Sozialplanung im Dezember an die Fraktionen aus.

Frau Ehlert fragte, wann die Haushaltsberatungen beginnen. **Frau Nußbeck** erklärte, dass momentan die internen Abstimmungen zum Haushalt stattfinden, welche noch den Oktober andauern werden. Geplant ist, den Entwurf im Dezember in den Stadtrat einzubringen. Alle Kosten, welche die Asylproblematik betreffen, sollen gesondert erfasst und ausgewiesen werden, was jedoch einen großen Aufwand darstellt, da momentan an allen Stellen Ausgaben getätigt werden. Für diese muss eine Deckung aufgezeigt werden, um eine diesbezügliche Diskussion bei der Haushaltskonsolidierung zu vermeiden.

13 Beschlussfassungen

13.1 Pachterlass für leergefallene Gärten der im Eigentum der Stadt befindlichen Flächen Vorlage: BV/274/2015/Linke

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, merkte an, dass diese Beschlussvorlage auch im Finanzausschuss behandelt werden muss. Parallel bereitet das Tiefbauamt die Überarbeitung der Satzung vor, wodurch sowieso eine Grundsatzdiskussion geführt werden muss. Es besteht die Möglichkeit, die Pacht niedrig zu lassen, wodurch es jedoch keinen Pachterlass für leerstehende Gärten geben kann. Sollte es zu einem Pachterlass für leergefallene Gärten kommen, muss sich jedoch die Pacht für genutzte Gärten an denen in Magdeburg und Halle orientieren. Sie machte den Vorschlag, dass die vorliegende Beschlussvorlage gemeinsam mit der Vorlage des Tiefbauamtes beraten wird.

Es ist richtig, dass der Finanzausschuss beteiligt werden muss, merkte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, an, jedoch findet im Oktober keine Sitzung des Ausschusses statt. Er ist außerdem davon ausgegangen, dass im Oktober die Haushaltsdebatten beginnen.

Des Weiteren hatte die Fraktion keine Kenntnis davon, dass parallel eine Beschlussvorlage im Tiefbauamt erarbeitet wird. Die Beratung der Vorlage könne verschoben werden, jedoch sollte sie dann gemeinsam mit der Vorlage des Tiefbauamtes beraten oder bei den Haushaltsberatungen thematisiert werden.

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

13.2 Vorbereitung der Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft Vorlage: BV/247/2015/I-OB

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte einleitend, dass es bei der ersten Beratung der Beschlussvorlage im Haupt- und Personalausschuss am 09.09.2015 verschiedene Hinweise gab. Die CDU-Fraktion hatte sich dafür ausgesprochen, den Bereich Wirtschaft in der GmbH zu stärken. Diese Forderung wurde bereits vorab in einem gestrigen Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen. Seitens Herrn Eichelberg von der SPD-Fraktion gab es die Anmerkung, dass die Anforderungen im Ausschreibungstext für die Stelle des Geschäftsführers erhöht werden sollen. Die geänderte Fassung der Ausschreibung wurde mit den Unterlagen für die heutige Sitzung ausgereicht. Zudem hatte die Fraktion Die Linke darauf hingewiesen, dass der Personalrat zu beteiligen ist. Diesbezüglich fand ein Gespräch mit der Personalratsvorsitzenden Frau Knoche statt, des Weiteren gab es Schriftverkehr. Das Thema steht auch auf der Tagesordnung des bevorstehenden Quartalsgesprächs. Der Oberbürgermeister merkte an, dass es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig ist, den Personalrat einzubeziehen, da einzelne Dinge noch gar nicht feststehen. Es muss schrittweise vorgegangen werden, denn die Einholung der verbindlichen Auskunft ist erst sinnvoll, wenn der Umfang der Aufgaben feststeht. Viele Dinge sind voneinander abhängig und können noch nicht mit Sicherheit festgelegt werden, z. B. ob die neue Gesellschaft eine Tarifbindung eingehen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras machte den Vorschlag, den Arbeitsstand der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages mitzuteilen.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, merkte diesbezüglich an, dass gemäß der Festlegung der gestrigen Zusammenkunft, in der heutigen Sitzung die Beschlüsse zur Gründung der GmbH sowie zum Organigramm und zum Ausschreibungstext erfolgen sollen.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte der Aussage zu, plädierte aber dennoch dafür, die einzelnen Punkte durchzugehen. Seitens der CDU-Fraktion wurde vorgeschlagen, die aktive Wirtschaftsförderung mit in die Stadtmarketinggesellschaft überzuleiten. Der Vorschlag wurde von den Fraktionen Pro Dessau-Roßlau und AfD unterstützt. Dagegen sprach sich der Oberbürgermeister aus, da eine Wirtschaftsförderung das Umfeld der anderen Ämter benötigt.

Herr Kolze bat darum, den ausgemachten Kompromiss zu benennen und verwies auf die Anlage 7 der vorliegenden Beschlussvorlage (Organigramm), welche heute beschlossen werden sollte. Dazu erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass es unstrittig ist, dass der Tourismus und die Kultur zusammengelegt werden.

Herr Kolze merkte an, dass die GmbH nicht originäre Aufgaben der Verwaltung übernehmen kann, da dies rein rechtlich nicht möglich ist.

Jedoch wurde besprochen, dass die gemeinsam erarbeiteten Produkte nicht noch einmal beschlossen werden müssen, was auch in den Arbeitsgruppen außer Frage stand. Jetzt geht es um die Struktur und insbesondere um die Information vom Finanzamt, inwieweit die neue GmbH umsatzsteuerpflichtig wäre. Der Oberbürgermeister hatte gestern mitgeteilt, dass diese Aussage erst nach der Gründung erfolgen könnte.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzte, dass man diese erst mit Einholung der Auskunft erhält, welche abhängig über die Definition der Aufgaben der GmbH ist. Zusammengefasst stellte er fest, dass sich der Haupt- und Personalausschuss verständigt hat und damit das Organigramm, unter Berücksichtigung der Zusammenlegung der Stellen Tourismus und Kultur sowie die Orientierung an der Produktlinie der damaligen Anlage der BV/108/2015/StR, beschlossen wird.

Seitens der anwesenden Ausschussmitglieder wurde dieser Festlegung nicht widersprochen.

Anschließend ging der **Oberbürgermeister** auf die Beschlussvorschläge ein:

Beschlussvorschlag 1:

Hierzu fand am 29.07.2015 ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht statt. Zu der am 08.09.2015 eingereichten Analyse gab es am 29.09.2015 eine erste Rückäußerung der Kommunalaufsicht. Dabei wurden Details abgefragt, die jedoch nicht die Grundfesten erschüttern. Sollte man sich heute hinsichtlich der Aufgaben verständigen, könnte er sich mit der Firma Dornbach & Partner verständigen und die Anfrage an das Finanzamt weitergeben.

Beschlussvorschlag 2:

Zum Gesellschaftsvertrag gab es nochmals Nachfragen und Korrekturbedarf. Diese waren zum Teil redaktioneller Art und unkompliziert.

Herr Kolze erfragte, ob sich die Verwaltung das Angeforderte zu Eigen macht. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmte zu, da es dadurch keine grundlegenden Änderungen gibt.

Beschlussvorschlag 3:

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf den Wunsch der AfD-Fraktion ein, dass diese im Aufsichtsrat berücksichtigt wird. Seitens der anwesenden Mitglieder fand der Vorschlag keine Zustimmung.

Er stellte anschließend den Vorschlag zur Abstimmung, die Anzahl Mitglieder des Aufsichtsrates auf sieben festzulegen und anschließend die Verteilung gemäß Hare-Niemeyer-Verfahren zu berechnen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

Beschlussvorschlag 4:

Hierzu gab es geringfügige Anmerkungen, welche übernommen werden. Er merkte an, dass damit erreicht werden soll, dass für die Gesellschaft keine Umsatzsteuer gezahlt wird.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

Beschlussvorschlag 5:

Der Oberbürgermeister erklärte, dass in der gestrigen Vorberatung festgelegt wurde, keinen Projektmitarbeiter, sondern gleich einen Geschäftsführer auszuscheiden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bezog sich auf das Anforderungsprofil und wies darauf hin, dass „Universitäts- oder Fachhochschulabschluss“ durch „Universitäts- bzw. Masterabschluss“ ersetzt werden sollte. **Herr Kolze** entgegnete, dass man sich gestern darauf geeinigt habe, dass Bachelorabschlüsse oder vergleichbare Qualifikationen zugelassen werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** merkte an, dass das noch einmal konkret personalrechtlich formuliert wird. Dennoch werden Bachelorabschlüsse zugelassen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

Beschlussvorschlag 6:

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass die Personalthematik noch nicht entschieden werden kann. Hinsichtlich der Gestellung der Touristinformation gab es den Hinweis, dass dadurch eine Umsatzsteuerpflicht entstehen könnte. Hier könnte es auch eine Organschaft geben, was jedoch nur mit dem Finanzamt geklärt werden kann.

14 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** um 20:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 06.11.15

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer